

Betreff:

Hochschulcampus Moritzstraße entwickeln - ehemaliges Gerichtsviertel beleben
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 13.03.2013 -

Antragstext:

Die EBS-Universität für Wirtschaft und Recht und die Hochschule Fresenius haben den grundsätzlichen Willen bekundet, auf dem ehemaligen Gerichtsgelände in der Moritzstraße einen gemeinsamen Hochschulcampus zu entwickeln. Es ist dort beabsichtigt, die Rechtsfakultät der EBS-Universität im denkmalgeschützten Gerichtsgebäude unterzubringen und für die Fachbereiche Wirtschaft und Medien sowie Design der Hochschule Fresenius Neubauten zu errichten. Verschiedene Hochschuleinrichtungen wie z. B. Hörsäle, Bibliothek, Mensa und Tiefgarage sollen gemeinsam genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Überlegungen der Hochschule Fresenius zur Kenntnis, an der Moritzstraße einen gemeinsamen Hochschulcampus mit der European Business School (EBS) zu entwickeln. Mit dem Hinzukommen der Hochschule Fresenius kann der Hochschulstandort Wiesbaden in seiner Vielfalt weiter gestärkt werden. Das angestrebte Ziel, die Revitalisierung dieses Quartiers durch eine Hochschulansiedlung, kann mit dieser Planung sowie der geplanten Schaffung von Studentenwohnungen erreicht werden.
2. Der Magistrat wird gebeten, bei beiden Hochschulen darauf hinzuwirken, dass die bisher in Beschluss Nr. 0252 der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Mai 2009 formulierten städtischen Interessen auch bei der anstehenden Überplanung berücksichtigt werden. Dazu zählen insbesondere die Realisierung eines Bürgersaals sowie ausreichend zusätzliche Tiefgaragenstellplätze für Anwohner und Kurzzeitparker zum Besuch von Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen.
3. Der Magistrat wird gebeten den aktuellen Stand zum Finanzierungskonzept der EBS, als auch zur geplanten Ausfallbürgschaft durch das Land Hessen zu berichten.
4. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie die Vertragsverhältnisse zwischen der EBS, der Hochschule Fresenius und dem Land Hessen ausgestaltet werden sollen und was dies ggf. für Auswirkungen auf den vorhabenbezogenen Bebauungsplan haben wird.
5. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt den Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 13.03.2013, das Land aufzufordern das Parkplatzgelände des alten Gerichts bis zum Beginn der Bauarbeiten als öffentlichen Parkplatz zur Verfügung zu stellen.

Antrag Nr. 13-F-33-0020
CDU + SPD

Wiesbaden, 13.03.2013

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Sven Gerich
Fraktionsvorsitzender
(SPD-Fraktion)

Markus Seidel
Fraktionsassistent

Thomas Schreier
Fraktionsassistent